



Im Blickpunkt: Die Thüringer als Europäer

Thüringen-Monitor 2014: Fremdenfeindlichkeit in Thüringen bleibt auf hohem Niveau

Im Rahmen einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow beschäftigt sich jetzt der Thüringer Landtag mit dem Thüringen-Monitor 2014. Bereits zum vierzehnten Mal werden damit Einstellungen der Thüringer Bevölkerung zu politischen und gesellschaftlichen Grundsatzfragen, darunter ihre Demokratieunterstützung, ihr Vertrauen in demokratische und rechtsstaatliche Institutionen sowie ihre Partizipationsbereitschaft dokumentiert. Schwerpunkt diesmal ist das Verhältnis der Thüringer zur Europäischen Union - „Die Thüringer als Europäer“.

Die von Wissenschaftlern des Instituts für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität vorgelegte Untersuchung basiert auf einer repräsentativen Befragung vom Mai/Juni 2014 und begann unmittelbar nach der Europawahl. Dabei sah nur knapp ein Drittel der (telefonisch) Befragten für Thüringen mehr Vorteile in der EU-Mitgliedschaft, etwa ein Viertel mehr Nachteile und eine knappe Mehrheit (52 Prozent) meinte, dass sich Vor- und Nachteile ausgleichen.

Die Autoren der Studie betonten aber, dass sich eine „tendenziell freundliche Grundstimmung“, die sie schon 2012 bei Fragen zu Europa ermittelt hatten, nochmals verstärkt habe. Dafür stehen folgende Angaben: 84 Prozent assoziieren mit der EU Frieden, 61 Prozent Wohlstand und 73

Prozent Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten. 68 Prozent der Befragten wollen den Euro behalten.

Kritisch gesehen werden die Bürokratie in der EU (78 Prozent), Geldverschwendung (64 Prozent) und Kriminalität (52 Prozent). Dass sich Europa in die richtige Richtung entwickle, das unterstrichen 55 Prozent, „falsche Richtung“ meinten 32 Prozent. Besonders hoch auch die Zustimmung zu Volksabstimmungen bei wichtigen Entscheidungen (83 Prozent).

Abwertung Langzeitarbeitsloser steht bei Menschenfeindlichkeit in Thüringen an der Spitze

Zum aktuellen Zustand der politischen Kultur in Thüringen zogen die Autoren des Thüringen-Monitors ein positives Bild: Zunehmende Demokratiezufriedenheit, zunehmendes Institutionenvertrauen und ein hohes Maß an Demokratieunterstützung.

Der Durchschnittsthüringer zeige sich allerdings „nicht überzeugt, den gerechten Anteil in der Gesellschaft im Vergleich zu anderen in Deutschland zu erhalten“. Dennoch sei er sich seines Status sicher und fürchte nicht, auf die Verliererseite des Lebens geraten zu können.

Besonders bedenklich sind allerdings die Angaben zu Indikatoren für „Menschenfeindlichkeit in Thüringen“, bei denen die Abwertung Langzeitarbeitsloser mit 53 Prozent an der Spitze steht! Es folgen: Feindlichkeit gegen

Muslime (47 Prozent), Feindlichkeit gegen Asylbewerber (45 Prozent), Abwertung Obdachloser (39 Prozent), Feindlichkeit gegen Sinti und Roma (36 Prozent), Ausländerfeindlichkeit (35 Prozent). Insgesamt bleibt die Fremdenfeindlichkeit auf einem hohen Niveau. So stimmten 48 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass Deutschland „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichem Maße überfremdet“ sei. Und was an diesem Wert auch erschreckt - zum Thüringen-Monitor 2013 bedeutet dies einen Anstieg um sechs Prozent. Zustimmung zu der Aussage „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“, signalisierten 36 Prozent und 32 Prozent stimmten dem Satz zu: „Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit Opfer gewesen sind.“

Im Fazit der Befragung heißt es: „Auch in Zeiten wirtschaftlicher Konsolidierung und eines zurückgehenden manifesten Rechtsextremismus bestehen nach wie vor latente Gefahren für die politische Kultur in Thüringen. Sie zeigen sich in Sympathien für diktatorische Ordnungen und in militanten Resentiments gegen bestimmte Gruppen in der Gesellschaft. Verdichtet in politischen Milieus bilden solche Orientierungen das Mobilisierungspotential für Parteien, die sich in kritischer Distanz oder militanter Gegnerschaft gegenüber den Werten und Ordnungsprinzipien des demokratischen Verfassungsstaats befinden.“ A.R. ■

KOMMENTIERT:

von Karola Stange

In der Armutsfalle

Man kann nur von einem dramatischem Versagen verantwortlicher Bundes- und Landespolitik in den vergangenen Jahren sprechen, sieht man sich die alarmierenden Ergebnisse des jetzt vorgelegten Armutsberichts des Paritätischen Gesamtverbandes an. Danach war die Armut in Deutschland noch nie so groß. In Thüringen sind 400.000 Menschen betroffen, 18 Prozent aller Einwohner. Innerhalb eines Jahres sind mehr als 20.000 Thüringer neu hinzugekommen. Bundesweit lag die Quote bei 15,5 Prozent. Wirklich beruhigen kann dabei nicht, dass Thüringen nach Brandenburg (17,7 Prozent) die zweitniedrigste Armutsquote in Ostdeutschland hat. Mecklenburg-Vorpommern lag mit 23,6 Prozent an der Spitze. Bremen führt bundesweit mit 24,6 Prozent. Als arm gilt, wessen Einkommen unter 60 Prozent des Durchschnitts liegt. Das waren 2013 für Singlehaushalte 892 Euro, für Familien mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren 1873 Euro.

Die Armutsentwicklung wird sich in den kommenden Jahren zuspitzen, wenn nicht entschieden gegengesteuert wird. Dies ist vor allem auf die Langzeitwirkungen der verheerenden Niedriglohnstrategie zurückzuführen. Es geraten immer mehr ältere Menschen in die Armutsfalle. Nach Angaben des Paritätischen in Thüringen ist die Altersarmut im Land seit dem Jahr 2006 um fast die Hälfte angestiegen und sie wird in den nächsten Jahren erdrutschartig zunehmen.

Nach 25 Jahren müssen die Ungerechtigkeiten in der Rentenpolitik endlich beseitigt werden, ist die Ost-West-Angleichung überfällig. So ist auch die immer noch nicht geklärte rentenrechtliche Situation der in der DDR geschiedenen Frauen einfach nur skandalös. Und oft gehen Menschen aus falscher Scham nicht zu den Ämtern. Sie sollten aber ihr gutes Recht wahrnehmen und Anträge auf Grundsicherung im Alter stellen, damit sie nicht länger in versteckter Armut leben müssen.

Die rot-rot-grüne Thüringer Landesregierung wird alles in ihrer Macht stehende tun, um dieser verheerenden Entwicklung Einhalt zu gebieten. So wird sie entsprechend dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene jede Initiative unterstützen bzw. eigene Initiativen starten für die notwendigen Verbesserungen in der Rentenpolitik. ■

AKTUELL

Regelsatz zu niedrig für Stromkosten

Bezogen auf eine aktuelle bundesweite Analyse, die die Stromkosten in Relation zu den Hartz-IV-Regelleistungen setzt, forderte Ina Leukefeld, arbeitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE: „Eine Reform der Hartz-IV-Gesetzgebung ist dringend notwendig. Unter Berücksichtigung der tatsächlichen Stromkosten ist die Regelleistung durchschnittlich 116 Euro zu niedrig. Als ersten Schritt muss es einen vollen Ausgleich der Stromkosten im Regelsatz und die Neuauflage eines Projektes zur Energieberatung mit praktischer Hilfe zur Einsparung von Energie in Bedarfsgemeinschaften geben.“

Laut Analyse liegen die Stromkosten monatlich 29 Prozent höher als die im Regelsatz veranschlagten 33,39 Euro. In der Praxis kostet die

Grundversorgung durchschnittlich im Monat 43 Euro. Zudem steigen die Kosten für Energie seit langem stetig. „Viele Betroffene können mit dem veranschlagten Betrag die tatsächlich anfallenden Stromkosten nicht bezahlen oder müssen bei Kleidung, Essen oder Freizeitgestaltung sparen“, so Ina Leukefeld weiter.

Zwar gebe es keine allgemeingültige Definition für den Begriff Energiearmut, aber diese sei in vielen Familien schon Realität. So gelte ein Haushalt als energiearm, wenn mehr als zehn Prozent des Nettoeinkommens für Wohnenergie aufgewendet werden müssten. „Diese menschenunwürdige Grundsicherungsleistung muss endlich auf Bundesebene geändert werden. Es ist absurd, dass der Strom zum Haushalt gehört und daher mit der Regellei-

stung bereits abgegolten ist. Eine für die Betroffenen positive Lösung wäre, die Stromkosten aus dem Regelsatz herauszunehmen und wie die Kosten der Unterkunft in voller Höhe zu bezahlen.“ Die LINKE-Politikerin will dazu im Land Thüringen eine Bundesratsinitiative anregen. Außerdem, so Ina Leukefeld weiter, sei zu hinterfragen, welche Resultate die „Abwrackprämie“ für energiefressende Haushaltsgeräte gebracht habe und ob sich dort noch einiges nachbessern ließe.

„Es kann nicht angehen, dass Strom in Deutschland zum Luxusgut wird. Energie gehört wie ein Dach über dem Kopf zum Existenzminimum“, hatte Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes gesagt und unbürokratische Sofortlösungen verlangt. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Erstaunt über die Prioritäten der CDU

Zum CDU-Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu möglichem Fehlverhalten des Datenschutzbeauftragten beim Aktenlager Immelborn erinnerte der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Steffen Dittes, dass es ein CDU-Innenminister war, der dem Datenschutzbeauftragten die Amtshilfe verweigerte und aus parteipolitischen Kalkül die zügige und fachgerechte Entsorgung des Lagers unmöglich machte. Die ehemalige Obfrau der Fraktion DIE LINKE im Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“, Katharina König: „Es ist schon interessant, welche Prioritäten von der CDU-Fraktion gesetzt werden.“ Innerhalb einer Woche nach der Pressekonferenz des Datenschutzbeauftragten zum Stand der Beräumung von Immelborn könne sie einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses vorlegen. Seit mehreren Wochen liege der CDU der Vorschlag der Regierungsfractionen für einen neuen NSU-Untersuchungsausschuss vor, dazu habe sie sich bisher jedoch nicht äußern können. „Offenbar ist der CDU die Aufarbeitung eines Rechtsstreites zwischen ihrem ehemaligem Minister und dem Datenschutzbeauftragten wichtiger, als zehn Morde aufzuklären.“ ■

Fehlentscheidung endlich korrigiert

„Eine parteipolitisch motivierte Fehlentscheidung der letzten Legislaturperiode wurde korrigiert“, sagte Susanne Hennig-Wellsow, Fraktions- und Landesvorsitzende der LINKEN, zur Entscheidung des Justiz-Ausschusses, die Aufhebung der Immunität von Frank Kuschel abzulehnen. Beantragt hatte dies das Landgericht Lüneburg (es ging um Proteste gegen den Castor-Transport und die angebliche Unterzeichnung eines öffentlichen Aufrufs). „Es hätte schon im Grundsatz bei der ersten Entscheidung in dieser Sache nicht um die Frage der Immunität gehen dürfen, sondern die Indemnität ist das Schutzgut, welches nach Artikel 55 Absatz 1 der Thüringer Landesverfassung alle in Ausübung des Mandats getätigten Äußerungen oder Abstimmungen unter ein Sanktionsverbot des Staates stellt“. Damit schütze die Verfassung das in Artikel 53 bestimmte „Freie Mandat der Abgeordneten“. In Thüringen ist die Indemnität weitgehender gefasst als in anderen Landesparlamenten oder im Bund, und zwar ausdrücklich über die Äußerungen und Abstimmungen im Parlament und den Ausschüssen hinaus. ■

Ungereimtheiten bei der Spurensicherung

Landtag soll die Einsetzung eines neuen NSU-Untersuchungsausschusses beschließen

Dem Thüringer Landtag liegt jetzt ein Antrag der Koalitionsfraktionen (LINKE, SPD, Grüne - die CDU hatte ihn bis Redaktionsschluss noch nicht unterschrieben) zur Einsetzung eines neuen Untersuchungsausschusses vor. Gegenstand: „Fortsetzung der Aufarbeitung der dem 'Nationalsozialistischen Untergrund' (NSU) sowie der mit ihm kooperierenden Netzwerke zuzuordnenden Straftaten unter Berücksichtigung der Verantwortung der Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden, der zuständigen Ministerien sowie deren politischer Leitung bei der erfolglosen Fahndung nach den untergetauchten Mitgliedern des NSU.“

Wenige Tage vor der Landtagsitzung - Zufall oder nicht - hatte die Berliner Zeitung (v. 23.2.) einen Artikel veröffentlicht, der den Thüringer Ermittlern gravierende Fehler bei der Spurensicherung im ausgebrannten Wohnmobil in Eisenach attestierte. Dazu Katharina König, ehemalige Obfrau im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss für die Fraktion DIE LINKE in der vergangenen Legislatur: „Sollten sich die Ausführungen in der Presse zu schlampigen und fehlerhaften Ermittlungen am Wohnmobil im November 2011 in Eisenach bestätigen, wäre das ein handfester Skandal. Seit Jahren wird von den Verantwortlichen in den Thüringer Sicherheitsbehörden und im

Bund mantraartig wiederholt, dass sich aus der Spurensicherung keinerlei Hinweise auf Fremdeinwirkungen oder Ungereimtheiten ergeben hätten. Nun kommt heraus, dass die Spurenlage und damit der Hergang im Wohnmobil nicht mehr rekonstruiert werden können.“

Die Berliner Zeitung hatte sich auf einen Korrekturvermerk des Thü-

ringers Landeskriminalamtes berufen, wonach bei der Spurensicherung im ausgebrannten Wohnmobil Munition und Patronenhülsen mehrfach falsch zugeordnet worden waren. Dabei sei die Lage der Hülsen von Bedeutung für die Frage, ob doch eine dritte Person an den Todesschüssen im Wohnmobil beteiligt war. Bisher haben das die Behörden bestritten. Bekannt wurde eine

weitere Panne. So befand sich bis August 2014 der Fahrradträger des ausgebrannten Wohnmobils in der Garagenhalle eines Abschleppdienstes in Eisenach, ohne dass er auf Täterspuren untersucht wurde.

Die offenbar gewordenen Fehler und Versäumnisse fügen sich nahtlos in die Kette vorangehender Ungereimtheiten, wie dem schnellen Abtransport des Wohnmobils ohne vorangehende Spurensicherung, die ungenügende Absicherung des Tatortes oder die jahrelang falsch kolportierten Obduktionsergebnisse von Mundlos und Bönnhardt, die keinen Ruß in der Lunge nachweisen konnten.

„Es wird höchste Zeit, dass der NSU-Untersuchungsausschuss in Thüringen seine Arbeit wieder aufnimmt, damit schnell und zügig aufgeklärt wird, wer für diese auffällige ‚Pannenserie‘ bei den Ermittlungen in Eisenach verantwortlich ist und welche Gründe hierzu führten“, betonte Katharina König.

Dabei soll nicht zuletzt dem 4. November 2011 in Eisenach und den anschließenden Ermittlungen ein Untersuchungskomplex gewidmet werden. „Die Linksfraktion wird sich dafür einsetzen, bereits im März die Konstituierung des Ausschusses durchzuführen“, kündigte die Abgeordnete an. ■



Die Berliner Zeitung hatte sich auf einen Korrekturvermerk des Thüringer Landeskriminalamtes berufen, wonach bei der Spurensicherung im ausgebrannten Wohnmobil Munition und Patronenhülsen mehrfach falsch zugeordnet worden waren. Dabei sei die Lage der Hülsen von Bedeutung für die Frage, ob doch eine dritte Person an den Todesschüssen im Wohnmobil beteiligt war. Bisher haben das die Behörden bestritten. Bekannt wurde eine

Abgeordnetenüberprüfungsgesetz: Koalition will umfassende Anhörung

Einen umfangreichen Fragenkatalog und eine umfassende Liste anzuhörender Experten haben die Justizpolitikerinnen der rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen für die Anhörung zum Abgeordnetenüberprüfungsgesetz eingereicht.

„Die von der CDU-Fraktion vorgelegte Anzuhörendenliste ist weit hinter ihren selbst gesetzten Ansprüchen zurückgeblieben“, kritisierte SPD-Politikerin Dorothea Marx. Der CDU-Abgeordnete Wirkner hatte im Januar mit einer Pressemitteilung zum Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen angekündigt, die CDU wolle vor allem Opferverbände in die Anhörung zu ihrem Gesetzentwurf einbeziehen und sei an einer breiten Debatte auch mit den Thüringerinnen und Thüringern interessiert. „Dabei hat er eine Menge Wind gemacht und vergessen zu erwähnen, dass es die parlamentarische Anhörung ohne den Antrag unserer Koalition überhaupt nicht geben würde“, so Astrid Rothe-Beinlich, Abgeordnete von Bündnis 90/DIE GRÜNEN. „Nichts als heiße Luft“ sei Wirkners Gebaren,

so Sabine Berninger von der Linksfraktion: „Einzig der Förderverein der Gedenkstätte Andreasstraße, Freiheit e.V., steht als einer der Thüringer Opferverbände auf der CDU-Liste.“

Die Koalitionsfraktionen wollen u.a. neben der Stiftung Amthordurchgang aus Gera das Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“ (Jena) und das Bürgerkomitee des Landes Thüringen e. V. sowie weitere politische Stiftungen und zeitgeschichtliche Vereine um eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf und Fragen zur Aufarbeitung bitten.

Es greife zu kurz, Aufarbeitung auf einen parteipolitisch motivierten Stempel zu reduzieren, wie das die CDU im Landtag seit Jahren praktiziere. Die justizpolitischen Sprecherinnen der Koalitionsfraktionen betonen, dass sie ihren Auftrag, so wie sie ihn im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, sehr ernst nehmen. Es gehe um Aufarbeitung im gesellschaftlichen Rahmen, aus der sich für heute lernen lasse, zeigten die Sprecherinnen überzeugt. ■

Funktionsvergütungen sollen verboten werden

Mit einem gemeinsamen Gesetzentwurf wollen die Fraktionen der LINKEN, der SPD und der Grünen ein Verbot der Zahlung von Funktionsvergütungen für Abgeordnete (wie bisher von der CDU-Fraktion praktiziert) durchsetzen. Sie verweisen auf Urteile des Bundes- und des Landesverfassungsgerichts. Solche Zulagen seien nicht nur über ausdrückliche Vorschriften im Abgeordnetengesetz und aus dem Landeshaushalt verboten, sondern auch als Zahlungen aus der Fraktionskasse. Denn auch auf diesem Weg entstehen die verfassungswidrigen finanziellen Hierarchien. Um hier unmissverständlich Klarheit zu schaffen, schreibt der Gesetzentwurf der Koalition dieses ausdrückliche Verbot der Funktionszulagen/Funktionsvergütungen in § 51 Thüringer Abgeordnetengesetz fest. Es handelt sich bei diesen Zulagen- bzw. Vergütungszahlungen um eine verfassungswidrige und damit zweckentfremdete Verwendung von Geldern, die den Fraktionen für ihre Arbeit aus dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt werden. ■

„Hinter diesen Zahlen stehen Schicksale“

Ministerin Heike Werner (LINKE) stand Arbeitslosenparlament Rede und Antwort

Erneut hat sich das Thüringer Arbeitslosenparlament auf Einladung der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen am 23. Februar zu einer Tagung im Thüringer Landtag getroffen.

Diese nunmehr schon 36. Zusammenkunft eines auch bundesweit relativ einmaligen Bündnisses verschiedener Arbeitsloseninitiativen war mit besonderer Spannung erwartet worden, den erstmals stand mit der Arbeits- und Sozialministerin Heike Werner eine LINKE verantwortliche Politikerin

beitslosenquote bei acht Prozent; die Erwerbstätigenquote bei Frauen in Thüringen ist mit 72,4 Prozent bundesweit Spitze), „erkauft über Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung“, betonte es die Ministerin, dass mehr als 32.000 Menschen in Thüringen als langzeitarbeitslos gelten, also länger als ein Jahr schon ohne Arbeit sind. Insgesamt werden 61.000 Menschen im Land aus dem SGB II finanziert. 6.700 Langzeitarbeitslose sind schwerbehindert, 3.900 Migranten. „Hinter all diesen Zahlen stehen Schicksale, herbe Schicksale zum Teil“,

dermöglichkeiten konsequent nutzen und auf Bundes- und Landesebene bestehende Strukturen wirksam vernetzen. Gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern müssten jetzt rechtzeitig eigene Konzepte entworfen werden.

In der Diskussion sprach u.a. eine Vertreterin der Erfurter Bündnisse für soziale Gerechtigkeit, dasn seit zehn Jahren an fast jedem Donnerstag auf dem Anger der Landeshauptstadt demonstriert und sich vor allem gegen die unsägliche Hartz-IV-Politik wendet. Diese habe dazu geführt, „dass wir zu



den mehr als 120 aus allen Teilen Thüringens nach Erfurt gekommenen Delegierten Rede und Antwort.

Und groß sind die Erwartungen gerade auch der Langzeitarbeitslosen, endlich eine Perspektive zu bekommen. Die Ministerin verwies auf Zahlen aus dem neuen Thüringen-Monitor, wonach sich besonders viele Vorurteile gegen Langzeitarbeitslose richten. Sie appellierte, „dem müssen wir uns entgegenstemmen“. Es müsse deutlich gemacht werden, wie schwierig die Situation der betroffenen Menschen tatsächlich ist. Trotz der Erfolgsmeldungen vom Arbeitsmarkt (offizielle Ar-

gab Heike Werner zu bedenken. Daher sei es auch beabsichtigt, dort, wo sich soziale Brennpunkte herausgebildet haben, Beratungsstrukturen zur Verfügung zu stellen.

Die Ministerin verwies auf den rot-grünen Koalitionsvertrag („wir setzen uns auf Bundes- und Landesebene für einen öffentlich geförderten sozialen Arbeitsmarkt ein“) mit einer klaren Schwerpunktsetzung für eine spürbar stärkere Arbeitsförderung, von der vor allem auch ältere Langzeitarbeitslose profitieren sollen, mit langfristiger, existenzsichernder Beschäftigung. Dafür will die Landesregierung die EU-För-

einem Niedriglohnland geworden sind“. Sie rief auf, an der Kundgebung zum Internationalen Frauentag am 5. März teilzunehmen. Die Arbeits- und Sozialministerin, die auch auf der zentralen LINKE-Frauentagsveranstaltung im Erfurter Rathaus am 5. März sprechen wird, unterstrich, dass für ihr Ministerium der Mindestlohn „ein Schwerpunkt in diesem Jahr“ sei.

Dass mit Arbeit und Sozialem zwei sehr wichtige Politikfelder nunmehr zusammengeführt wurden, ermögliche es, „ganz anders auf Beschäftigung zu schauen“, als dies bisher der Fall war.

A. Rudolph ■

VON A BIS Z:

Interventionstellen

Trotz haushaltsloser Zeit konnte durch das zuständige Frauenministerium ein Abschlagsbescheid zur Finanzierung der Arbeit des Landesfrauenrates in diesem Jahr übergeben werden, informierte Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion. Weitere Bescheide, wie z. B. für die vier Interventionsstellen in Erfurt, Gera, Meiningen sowie Nordhausen wurden seitens des Ministeriums geprüft sowie Bescheide erstellt, die in diesen Tagen an die Träger übergeben werden. In der Sitzung des Gleichstellungsausschusses am 18. Februar hatte Ministerin Heike Werner (LINKE) dieses Vorgehen erläutert, das im Interesse der Arbeit mit und für Frauen positiv aufgenommen wurde. Vor allem bei der Förderung der Frauenhäuser, aber auch der Frauenzentren in Thüringen, ist ein vorzeitiger Bewilligungsbescheid möglich, sobald alle Antragsunterlagen vollständig, d.h. mit Kofinanzierung der Kommunen, beim Land vorliegen.

Zudem wies Abgeordnete darauf hin, dass kreisfreie Städte oder Landkreise diese Bescheide auch erstellen können, wenn sie noch keinen verabschiedeten kommunalen Haushalt hätten. „Frauen- und Gleichstellungsarbeit hat für die Fraktion DIE LINKE einen sehr hohen Stellenwert und braucht die Unterstützung von allen Ebenen.“ Es dürfe nicht sein, dass solche Stellen und Einrichtungen „Jahr für Jahr im ‚Haushaltsspingpong‘ um ihre Existenz fürchten müssen“, betonte Karola Stange. ■

WICHTIGE TERMINE

Plenarsitzungen:

Nach den Februar-Plenarsitzungen (25. bis 27.2.) finden die nächsten Sitzungen des Thüringer Landtags in der Zeit vom 25. bis 27. März, am 29. und 30. April und vom 27. bis 29. Mai statt.

Verbrauchermesse:

Die Abgeordneten der Linksfraktion informieren auf der Thüringer Verbrauchermesse vom 28. Februar bis 8. März über ihre Arbeit. Zu treffen sind sie am Stand des Thüringer Landtags.

Presseinformationen, Hinweise zu Veranstaltungen und Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion sowie auch deren Parlamentsreport im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Tourismus

Mit einem gemeinsamen Tourismus-Antrag für die Landtagssitzung Ende Februar orientieren die Koalitionsfraktionen u.a. auf „Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit bei Neuinvestitionen als Fördervoraussetzungen“. Zudem soll die Landesregierung im Rahmen eines Maßnahmenkatalogs für die kommenden Jahre „Familien- und Low-Budget-Tourismus“ in Thüringen stärker herausstellen. Als neues digitales Angebot soll eine Thüringen-Tourismus-App entwickelt werden. Mit dem Auslaufen der Landestourismuskonzeption müssen die Weichen jetzt neu gestellt werden. Daher wurde auch ein umfangreicher Sofortbericht der Landesregierung zur Entwicklung seit 2011 und den Perspektiven beantragt. ■

Hochschulwatch

Die Bilanz des Internetportals hochschulwatch.de sollte Anstoß sein, offensiv über eine transparentere Offenlegung von Forschungsförderung durch Dritte an den Thüringer Hochschulen zu diskutieren, sagte Christian Schaft, wissenschafts- und hochschulpolitischer Sprecher der Linksfraktion. Notwendig seien auch verbindliche Regelungen für Kooperationen zwischen Unternehmen und Hochschulen. Das Land veröffentlicht Zweijahresberichte über Sponsoring-Leistungen, auch zu Geldleistungen an die Hochschulen. „Wirkliche Transparenz bedeutet, ersichtlich zu machen, für welche Forschungsprojekte und Maßnahmen Gelder aus der Privatwirtschaft fließen.“ ■

Zalando

Nachdem jetzt bekannt wurde, dass der Online-Versandhändler „Zalando“ am Standort Erfurt nicht wie angegeben acht Prozent Leiharbeiter, sondern im Schnitt beinahe doppelt so viele beschäftigt, kritisierte Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion, dass ein florierendes Unternehmen die Verantwortung für seine Mitarbeiter auf Subunternehmen abwälzt. Der Bund stehe in der Pflicht, dieser Art der modernen Sklaverei einen Riegel vorzuschieben. Rainer Kräuter bot an, sich gemeinsam mit den Beschäftigten für deren Übernahme in den Betrieb stark zu machen und die Möglichkeit des Engagements in den Gremien der Arbeitnehmervertretung wahrzunehmen. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Mitsprache bei der Verkehrsplanung

Mit Blick auf die vorliegenden Fahrplänenentwürfe der Thüringer Nahverkehrsservicegesellschaft (NVS) Thüringen verweist Dr. Gudrun Lukin, Sprecherin für Verkehrspolitik und Infrastruktur der Linksfraktion, darauf, dass alle Bürgerinnen und Bürger aufgerufen sind, bis zum 1. März diese Entwürfe zu prüfen und ihre Vorschläge und Kritiken zu unterbreiten. „So sollen die Mitwirkungsrechte der Nutzer gestärkt, aber auch die Akzeptanz für die Fahrplanveränderungen hinterfragt werden“, betonte die Verkehrspolitikerin und erklärte: „Gleichzeitig sollten die Kommunen und Verkehrsunternehmen prüfen, ob sich mit den angezeigten Veränderungen eine bessere Verknüpfung von Bahn und Bus in den Regionen erreichen lässt. Ziel der Verkehrsplanung muss es sein, durch gut vertaktete Bahn- und Busverbindungen mehr Kunden zum Umsteigen in öffentliche Verkehrsmittel zu bewegen. Deshalb müssen alle Vorschläge ernsthaft geprüft werden.“

Hinweise und Kritiken sind an die Adresse des Dienstleiters zu richten: info@nvsthueringen.de mit dem Betreff „Fahrplan 2016“ oder per Post an die NVS in der Schmidstedter Straße 34, 99084 Erfurt. ■

Ein Leitbild „zukunftsfähiges Thüringen“

Die Landesregierung will die Verwaltungsstrukturen im Land neu ordnen. Im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag sind sich die Parteien einig, dass die erfolgreiche Durchführung einer Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform zu den wichtigen Herausforderungen gehört, vor denen das Land Thüringen steht. Mit einem gemeinsamen Antrag fordern jetzt die Koalitionsfraktionen die Landesregierung auf, in diesem Jahr ein kommunales Leitbild „Zukunftsfähiges Thüringen“ vorzulegen, ein Vorschaltgesetz zur Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform zu erarbeiten, ein gestuftes Neugliederungsverfahren, in dem freiwilligen gebietlichen Veränderungen Vorrang eingeräumt wird (Freiwilligkeitsphase), durchzuführen, die bestehenden Landesbehörden einer Aufgabenkritik zu unterziehen, insbesondere auch im Hinblick auf die Kommunalisierung der von ihnen wahrgenommenen Aufgaben und im Rahmen der Neugliederungen ein Netz von Bürgerservicebüros und deren räumliche Verknüpfung mit Institutionen sozialer Infrastruktur zu konzipieren. ■

Nicht der Islamismus fordert die Demokratie heraus

Steffen Dittes in der Debatte: Man kann Probleme aber auch zu einem Popanz aufbauen

In der Plenarsitzung am 29. Januar hatte sich der Thüringer Landtag mit dem CDU-Antrag „Freiheitlich demokratische Grundordnung schützen - Islamistischen Terror ächten und bekämpfen“ befasst. In der Debatte ergriff für die Linksfraktion deren innenpolitischer Sprecher, Steffen Dittes, das Wort. Im Folgenden Auszüge aus seiner Rede:

„Meine Damen und Herren der CDU, wir haben Sie immer in anderen Debatten davor gewarnt, Probleme dadurch zu verharmlosen, dass man sie nicht beim Namen nennt. Frau Holbe (CDU, d.R.), Sie hatten darauf verwiesen und hatten daraus einen Vorwurf abgeleitet. Ich möchte Ihnen noch einmal etwas sagen. Man kann Probleme aber auch zu einem Popanz aufbauen, indem man Lösungsvorschläge in die Diskussion mit einbringt und auf deren notwendige Umsetzung verweist, dann glauben tatsächlich die Menschen, hier besteht dringender Handlungsbedarf, den sie anderenfalls von der tatsächlichen Analyse über-

bekommen durch Bildung und in Zukunft durch die Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse und wir müssen aufhören mit solchen irrsinnigen Forderungen, dass Integration dann vollendet ist, wenn Familien aus anderen Ländern zu Hause Thüringer Dialekt sprechen.

Nicht der Islamismus fordert die Demokratie heraus, sondern die offen geäußerten Überfremdungsängste und die herbeifantasierte hervorstehende Islamisierung. Was das Schlimme ist, was ich Ihnen tatsächlich vorwerfe in dieser Debatte, dass Sie mit Ihrer einseitigen Ausrichtung natürlich zweierlei provozieren. Sie provozieren einerseits den Anstieg weiterer islamophober Einstellungen, sprich, Sie verstärken rassistische Einstellungen der Gesellschaft, aber auf der anderen Seite provozieren Sie genau das, was Sie vorgeben bekämpfen zu wollen. Nämlich Sie provozieren die Radikalisierung insbesondere junger Muslime und das sollte Ihnen tatsächlich auch bekannt sein aus den Auseinandersetzungen, aus den Debatten hier in den vergangenen Jahren, denn

dass wir die Debatte verändern müssen, ist für Sie kein Maßstab für Ihr politisches Handeln, sondern Sie setzen ungehindert das fort, was im Jahr 2012 und 2013 durch die Wissenschaftler angemahnt worden ist zu verändern.

Ich will auch hier noch einmal auf die Studie „Lebenswelt junger Muslime in Deutschland“ eingehen. Dort heißt es, dass „Radikalisierungstendenzen von Muslimen und ihre Abwendung von westlichen Wertmaßstäben und Lebensweisen aber auch dadurch teilweise verursacht werden, dass sich Muslime von der deutschen Mehrheitsgesellschaft als negativ Dargestellte marginalisiert betrachten, Misstrauen und Ablehnung erzeugen Distanzierung und Radikalisierung. Es handelt sich also um eine selbsterfüllende Prophezeiung“. Und an dieser selbsterfüllenden Prophezeiung arbeiten Sie insbesondere auch damit weiter fort, dass Sie ohne jegliches Zögern ein Begriffswirrwarr in Ihrem Antrag erzeugen, der natürlich Muslime, friedliche Muslime, die ganz normal ihrem gesellschaftlichen Alltag nachge-

Zusammen mit dem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow und weiteren Mitgliedern der Thüringer Landesregierung hatten Abgeordnete der Koalitionsfraktionen von LINKE, SPD und Bündnis90/Grüne am 12. Februar vor dem Landtag in Erfurt zur Unterstützung des Bündnisses „Dresden Nazi-frei!“ sowie des Thüringer Aktionsbündnisses gegen Rechts aufgerufen.

Foto: Peter Lahn



haupt nicht herleiten können. Wenn es uns tatsächlich um Prävention und Aufklärung geht, dann haben wir in Thüringen die Beratungsstellen. Es sind nämlich die muslimischen Gemeinden, denn es kann uns doch nicht darum gehen, dass wir Menschen, von ihrem religiösen Glauben abzufallen, sondern es muss uns darum gehen, dort, wo Menschen ihren Glauben fanatisieren und radikalieren, sie wieder dort zurückzuführen, wo sie ein Teil religiöser Vielfalt sind, wo sie ein Teil einer interreligiösen Kultur sind, wo sie Teil eines interreligiösen Dialogs sind, und das heißt, wir müssen mit den muslimischen Gemeinden in Thüringen ins Gespräch kommen, diese stärken, dass sie diese wichtige Aufgabe aus ihrer Glaubensrichtung heraus bewältigen können.

Und wir als deutsche Gesellschaft müssen eben auch den Menschen ein Angebot machen, dass sie Teil dieser Gesellschaft werden, das heißt, sie müssen die gesellschaftliche Teilhabe bei politischen Entscheidungen haben, sie müssen die soziale Teilhabe ermöglicht

der Thüringen-Monitor 2012 und 2013, der noch von Ihrer Regierung in Auftrag gegeben worden ist, hat sich genau mit diesen Fragen auseinandergesetzt.

Ich will Ihnen hier einmal aus dem Monitor 2012 zitieren: „Keine andere gesellschaftliche Gruppe wie die Muslime ist so starken negativen Vorurteilen ausgesetzt.“ – und der Thüringen-Monitor 2013 untersucht diesen Befund weiter: „Dabei gibt es signifikante Differenzen bei der Bewertung von Zuwanderern aus unterschiedlichen Ländern und Kulturkreisen“, das heißt, eine überdurchschnittliche Ablehnung von Zuwanderung aus arabischen Ländern, die im übrigen synonym für Muslime verwandt werden, „in denen das Fortbestehen bereits älterer kultureller Vorurteile sowie vermutlich auch die Auswirkung angstbesetzter Diskurse der jüngsten Vergangenheit (Islamismus und Terrorgefahr) anklingen“. Meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, das, wovon uns eigentlich die Autoren des Thüringen-Monitors gewarnt haben und uns in das Hausaufgabenheft geschrieben haben,

sich angesprochen fühlen müssen. Sie reden einerseits von islamistischem Terror, Sie reden von islamistischen Verbindungen. Frau Holbe, Sie setzen in Ihrer Einbringungsrede noch einen drauf, indem Sie sagen „islamischer Terror“. Dann reden Sie vom Salafismus, von terroristischen Vereinigungen, von gewaltbereiten Salafisten, von dschihadistischen Salafisten, von radikal-islamischen Gruppen. Sie reden einfach pauschal von Muslimen und fanatischen Glaubensanhängern.

Das ist doch der Grund auch dafür, warum eine Aufklärung in der Gesellschaft tatsächlich Not tut, um genau diese Differenzierung von verschiedenen Glaubensrichtungen im Islam auch einmal deutlich zu machen: Ab welchem Punkt, ab welcher Einstellung, ab welchem konkreten gesellschaftlichen Handeln erwächst tatsächlich eine Gefahr für Menschen, aber auch für das freie Miteinanderleben der Menschen in Europa? Das werden Sie eben mit Ihrem Antrag nicht zum Ausdruck bringen können.“ ■

DAS INTERVIEW

In Thüringen gibt es Streit um die Bewertung des Kommunalpaketes 2015. Während die Regierungsfractionen von LINKE, SPD und B90/Grüne das kommunale Finanzpaket als Erfolgsgeschichte bewerten, kommt scharfe Kritik von den kommunalen Spitzenverbänden. Diese werfen der neuen Landesregierung Wortbruch vor. Nach den jetzigen Plänen würden aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände die Thüringer Kommunen rund 40 Millionen Euro weniger bekommen als zugesagt. Zum Thema ein Gespräch mit dem kommunalpolitischen Sprecher der Linksfraktion im Landtag, Frank Kuschel

Ist die Kritik der kommunalen Spitzenverbände berechtigt?

Die Finanzlage vieler Thüringer Kommunen ist in der Folge von 24 Jahren CDU-Herrschaft sehr dramatisch. Ohne Übertreibung kämpfen die betroffenen Gemeinden, Städte und Landkreise ums Überleben. In einer solchen Situation kommt es auch einmal zu sehr emotional geführten Debatten. Und klar ist auch, die Kommunen brauchen mehr Geld als die neue Regierungskoalition ihnen 2015 geben kann. Der hohe Finanzbedarf bei den Kommunen ist nicht nur die Folge der fortwährenden Aufgabenübertragung, sondern auch das Resultat der unübersehbaren Kleingliedrigkeit der Verwaltung. Die Spitzenverbände machen zu Recht auch auf die Kosten- und Tarifsteigerungen der letzten Jahre aufmerksam. Diese betragen für die zurückliegenden drei Jahre 132 Millionen Euro.

Die kommunalen Spitzenverbände hatten rund 40 Millionen Euro „frisches“ Geld mehr erwartet, als jetzt nach den Plänen von LINKE, SPD und B90/Grüne 2015 zusätzlich fließen werden. Wenn man aber die Zahlen nüchtern bewertet, brauchen die Kommunen nicht unzufrieden sein. Die geforderten 135 Millionen Euro zusätzliche Gelder werden nämlich die Kommunen bekommen, wenn auch aufgesplittet in mehrere Säulen.

Was können die Thüringer Kommunen von Rot-Rot-Grün im Rahmen des Kommunalpaketes 2015 erwarten?

Die drei Regierungsfractionen haben sich darauf verständigt, den Gemeinden in diesem Jahr zusätzlich 30 Millionen Euro als Investitionspauschale zur Verfügung zu stellen. Davon profitieren alle Gemeinden, auch die, die keinen Haushalt aufstellen können oder in der Haushaltssicherung sind. Die Schulträger, also vorrangig die Landkreise und kreisfreien Städte, bekommen nochmals 30 Millionen Euro als Schulinvestitionspauschale. Damit können dringende Investitionen an Schulgebäuden realisiert werden. Für notleidende Gemeinden werden 28 Millionen Euro mehr bereitgestellt. Das Land übernimmt zudem sechs Millionen Euro an Rückforderungen des Bundes aus dem Programm „Bildung und Teilhabe“. Diese Rückzahlungen müssen somit die

Übergangsjahr für die Kommunalfinanzierung

NACHGEFRAGT bei Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Linksfraktion

Landkreise und kreisfreien Städte selbst nicht leisten. Die zusätzlichen Zahlungen des Bundes für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie zur Eingliederung von Menschen mit Behinderungen in Höhe von 27 Millionen Euro werden eins zu eins den Kommunen durchgereicht.

Dies zeigt, wie dringend Strukturveränderungen notwendig sind.

Warum wird das Kommunalpaket von den drei Regierungsfractionen als Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht und nicht von der Landesregierung?

Es war unverantwortlich von der alten CDU-geführten Landesregierung, keinen Haushaltsentwurf für 2015 zu erarbeiten oder zumindest in den Eckpunkten anzuarbeiten. Dieses Versäumnis muss die neue Landesregierung, seit dem 5. Dezember im Amt, jetzt nachholen. Wenn alles gut läuft, könnte der Landhaushalt für 2015 im Juni beschlossen werden. Das ist für viele Kommunen viel zu spät. Um die Bereitstellung der kommunalen Gelder zu beschleunigen, haben die drei Regierungsfractionen das Gesetzgebungsverfahren übernommen. Dies verkürzt das gesamte parlamentarische



Nach der bestehenden Rechtslage hätten die Landeszuweisungen um diesen Betrag gekürzt werden können. Dies trifft auch auf die 14 Millionen Euro zu, die der Bund für die Schaffung von zusätzlichen Kita-Plätzen für Kinder unter drei Jahren bereitstellt. Anrechnungsfrei können die Kommunen auch die prognostizierten 50 Millionen Euro Steuermehreinnahmen verwenden. Bisher wurden diese mit den Landeszuweisungen verrechnet. Zählt man alles zusammen, haben die Kommunen in diesem Jahr 242 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Dies ist einerseits der höchste Zuwachs der vergangenen 20 Jahre, andererseits wird dieses Geld auch nicht reichen, um alle Aufgaben auskömmlich zu erfüllen.

Verfahren um drei Monate, d.h. die Thüringer Kommunen haben ab März bereits Planungssicherheit. Rot-Rot-Grün geht auch im Beteiligungsverfahren mit den kommunalen Spitzenverbänden neue Wege. Die Spitzenverbände werden bereits informiert und einbezogen, bevor das eigentliche Gesetzgebungsverfahren beginnt.

Gibt es Pläne, wegen der Kritik der kommunalen Spitzenverbände das Kommunalpaket 2015 noch aufzustocken?

Der Gesetzentwurf der drei Regierungsfractionen steht und wird so eingebracht. Was im Rahmen der parlamentarischen Behandlung sich ändert, bleibt abzuwarten. Ich persönlich wür-

de am jetzigen Entwurf des Kommunalpaketes 2015 keine weiteren Veränderungen vornehmen. Es ist ein guter Kompromiss. Entscheidend ist, was 2016 passiert, und darauf sollten sich alle Beteiligten konzentrieren. Zudem ist die Debatte über den neuen kommunalen Finanzausgleich 2016 bereits jetzt eröffnet und man darf nicht unterschlagen, dass die Thüringer Kommunen auch außerhalb des Finanzausgleichs in erheblichem Umfang Landesgelder bekommen. Beispielfhaft verweise ich auf die Mittel für die Städtebauförderung, den Denkmalschutz, die Dorferneuerung oder den Kulturlastenausgleich. In diesen Finanzierungsströmen außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs kann ich mir an der einen oder anderen Stelle noch zusätzliche Kommunalgelder vorstellen. So fehlen bekanntlich den Kommunen Mittel für die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung, die Straßenunterhaltung, die Erneuerung der Bibliotheksbestände oder die Finanzierung von Vereinen und Verbänden. Wie das Geld bei den Kommunen ankommt, ist letztlich zweitrangig.

Wie soll die Kommunalfinanzierung des Landes ab 2016 aussehen?

Darüber beginnen jetzt die Debatten der drei Koalitionsfraktionen unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände und der Kommunen. Ich halte es für erforderlich, dass der neue Finanzausgleich stärkere Anreize für die Schaffung leistungsfähigerer Verwaltungsstrukturen enthalten muss. Zudem muss die Finanzierung der Kindertagesstätten transparenter ausgestaltet werden. Bisher sind Teile der Kita-Finanzierung in den allgemeinen Schlüsselzuweisungen enthalten. Die Gemeinden und die Öffentlichkeit können diese Art der Zuweisungen aber kaum nachvollziehen.

Thüringer Kommunalfinanzierungsübergangsgesetz 2015

Im Koalitionsvertrag haben sich die Parteien verständigt, dass vor einer Neustrukturierung des kommunalen Finanzausgleichs (KFA) für das Haushaltsjahr 2015 mögliche Haushaltsüberschüsse u.a. für die Erhöhung des KFA und für die Unterstützung notleidender Kommunen verwendet werden. Mit dem jetzt dem Landtag vorgelegten Gesetzentwurf werden Investitionen gestärkt und ergänzende Bedarfszuweisungen zur Verfügung gestellt.

Die Thüringer Kommunen sollen insgesamt 232 Millionen Euro zusätzlich erhalten. Neben den prognostizierten Steuermehreinnahmen in Höhe von 50 Millionen Euro sowie der Erhöhung der Finanzausgleichsmasse um 14 Millio-

nen Euro durch das Land und den bereits beschlossenen Mitteln des Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetzes für 2015 verbleiben somit weitere 135 Millionen, die den Kommunen zufließen sollen.

Diese umfassen Zahlungen des Landes im Rahmen der Rückerstattungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket in Höhe von 6 Millionen Euro, einen Verzicht auf die Anrechnung zusätzlicher Mittel des Bundes bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in Höhe von 23 Millionen Euro, Leistungen bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende in Höhe von 4 Millionen Euro und in den Jahren 2015 bis 2018 Mittel für den Kinderbetreuungsaus-

bau in Höhe von insgesamt 14 Millionen Euro. 88 Millionen Euro verbleiben somit, die auf Grund dieses Gesetzes in den kommenden beiden Haushaltsjahren zu Lasten des Landeshaushalts entstehen.

Mit einer allgemeinen Investitionspauschale in Höhe von 30 Millionen Euro soll die Investitionstätigkeit in den kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städten erleichtert werden. Diese zusätzlichen Mittel werden im Haushaltsjahr 2015 pauschal ausgereicht. Die Mittel für ergänzende Bedarfszuweisungen sollen im Jahr 2015 um 18 Millionen Euro und im Jahr 2016 um 10 Millionen Euro angehoben werden.

„Benny lernt Deutsch“

Alternative-Unterstützung für Schulkinder mit Migrationshintergrund in Schmalkalden

Steffen Harzer, Südthüringer Landtagsabgeordneter der Fraktion DIE LINKE, überreichte der Interessengemeinschaft zur Förderung der beruflichen Weiterbildung e.V. in Schmalkalden einen Zuwendungscheck der Alternative 54 Erfurt e.V. für das Projekt „Benny lernt Deutsch“.

Dabei handelt es sich um ein Projekt, das gemeinsam mit dem Bürgerbüro THINKA (Thüringer Initiative für Integration, Nachhaltigkeit, Kooperation und Aktivierung) im Stadtgebiet Walperloh/Schmalkalden durchgeführt wird. In diesem Gebiet werden verstärkt Kinder mit Migrationshintergrund eingeschult, die die deutsche Sprache nur unzureichend beherrschen.

Hier setzt das durch den Verein der LINKE-Landtagsabgeordneten Alternative 54 Erfurt bezuschusste Projekt an. Es zielt darauf ab, die sprachliche, kulturelle und soziale Integration der Kinder in spielerischer Form zu gewährleisten. Die Kinder lernen gemeinsam mit der Figur BENNY BEAR durch Singen,



Reimen, Tanzen und Spielen in deutscher Sprache.

Jedes Kind erhält bei jedem Besuch ein Mal- und Textblatt zur Unterstützung des Gelernten. Die Spende der Abgeordneten wird daher konkret für Lehr- und Lernmittel genutzt.

Weiterhin wird über das Projekt „Benny lernt Deutsch“ betroffenen Kindern ergänzend zum Schulunterricht individuelle, sprachliche und soziale Einzel- bzw. Kleinstgruppen-Förderung angeboten.

Die Bahn sieht sich „nicht verpflichtet“

MdL Frank Kuschel (DIE LINKE) wandte sich an DB AG wegen einer Toilettenanlage im Bahnhof Arnstadt – Antwort liegt jetzt vor

Der Arnstädter Landtagsabgeordnete der LINKEN, Frank Kuschel, hatte sich im Zusammenhang mit der Errichtung einer Toilettenanlage im Bahnhof Arnstadt in einem Brief an den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Dr. Rüdiger Grube, gewandt und nochmals auf die Notwendigkeit einer solchen Anlage hingewiesen.

In der durch den Konzernbevollmächtigten für den Freistaat Thüringen, Völker Hädrich, verfassten Antwort, verweist dieser darauf, dass die DB AG rein rechtlich gesehen nicht verpflichtet ist, auch in Bahnhöfen öffentliche Toiletten vorzuhalten. Dies stelle einen besonderen Service dar, welcher nur in größeren Bahnhöfen angeboten werden könne. Deshalb sei eine Errichtung und Betreibung einer Toilettenanlage im Bahnhof Arnstadt aus Aufwands- und Kostengründen nicht geplant. Er verweist aber darauf, dass aus Sicht der Bahn die Schaffung einer Kundentoilette im Rahmen eines ÖPNV-Verknüpfungspunktes am Arnstädter Bahnhof das Mittel der Wahl gewesen wäre.

„Ich bleibe an dem Thema mit dem Ziel einer zufriedenstellenden Lösung für die betroffenen Reisenden dran“, betonte Frank Kuschel. Am 4. März steht dieses Thema mit auf dem Besuchsprogramm des Staatssekretärs im Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, Dr. Klaus Sühl (DIE LINKE), im Ilm-Kreis.

Tilo Kummer zum Naturparkvorsitzenden gewählt

Auf der Jahresversammlung des Naturparks Thüringer Wald e.V., des flächengrößten Großschutzgebietes in Thüringen, wurde der Landtagsabgeordnete und umweltpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Tilo Kummer, zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er tritt die Nachfolge des Suhler Oberbürgermeisters Jens Triebel an.

Grundauftrag der Naturparkarbeit sind die Unterstützung der Regionalentwicklung und der Entwicklung der touristischen Infrastruktur, die Koordination der Landschaftspflege sowie Umweltbildung und Öffentlichkeitsarbeit. Die aktuellen Vorhaben leiten sich ab aus dem neuen Entwicklungsprogramm Thüringer Wald für die Jahre 2012 bis 2022, das die Naturparkmitglieder 2013 beschlossen hatten.

So beteiligt sich der Naturpark maßgeblich an der Einrichtung der ersten zertifizierten Qualitätswanderregion Thüringens, die sich vom Schwarzatal über den Rennsteig hinweg bis nach Masserberg und Neustadt am Rennsteig erstrecken soll. Das Vorhaben wurde als Wettbewerbsbeitrag zum Tourismusbudget 2015 des Freistaats Thüringen eingereicht.

Gemeinsam mit dem Landschaftspflegeverband Thüringer Wald und weiteren Partnern bearbeitet der Naturpark auch den Antrag auf ein umfangreiches Projekt zur Berggrünlandpflege. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, weil in der Mittelgebirgsregion zahlreiche Bergwiesen und Grünlandflächen nicht mehr wirtschaftlich erhalten werden können und somit als wichtiges Naturlandschaftsgut verloren zu gehen drohen. Das Projekt umfasst Lösungsansätze und För-

dermodelle für den Erhalt der bedrohten Berggrünflächen, die für Natur- und Klimaschutz, die Trinkwassersicherung aber auch für den Tourismus und als regionaler Wirtschaftsstandortfaktor von unschätzbare Bedeutung sind.

„Die ebenso aufwändige wie notwendige Landschaftspflege unserer Bergwiesen im Naturpark Thüringer Wald bereitet uns große Sorgen. Geht es den Bergwiesen schlecht, wird es auch dem Tourismus schlecht gehen. Deshalb jammern wir nicht nur, sondern wagen in den nächsten drei Jahren im Landschaftspflegeverband Thüringer Wald eine große Initiative für die Bewirtschaftung zur Rettung unserer wertvollen Bergwiesen“, unterstrich der neue Naturparkchef Tilo Kummer eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Zeit.

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

Münchbergs Ohren

Populismus hat oft nur eine kurze Halbwertszeit. Das müsste sich jetzt wieder Hans-Helmut Münchberg hinter die Ohren schreiben, der Landrat im Weimarer Land. Wegen des Regierungswechsels in Thüringen sei der Neubau einer Grundschule in Bad Berka gefährdet, so seine krude Behauptung.

In Bad Berka ist fraglos ein solcher Neubau dringend nötig, Bedarf besteht seit Jahren. Das eigentliche Problem ist nicht der Regierungswechsel, das wird beim Provisorium eines Sportcontainers am derzeitigen Grundschulstandort Hexenberg deutlich. Es war für maximal fünf Jahre vorgesehen, bildet inzwischen aber seit wesentlich längerer Zeit die bescheidene Basis für den Sportunterricht. Daran ist keine neue Landesregierung Schuld. Schulträger ist der Kreis, dort hat man die Situation ausgesessen. Die Verwaltung leitet seit zwei Jahrzehnten Münchberg. Der versucht mit seinem Vorstoß wohl, von eigenen Versäumnissen abzulenken. Und das ziemlich ungeschickt. Münchbergs Hinweis auf den noch nicht bestehenden Landeshaushalt 2015 ist nämlich kompletter Unsinn. Der Landkreis hat ausweichlich des Kreishaushalts in diesem Jahr für die neue Grundschule in Bad Berka nur Planung und Projektierung im Umfang von 50.000 Euro vor. Landeszuschüsse sind für den Grundschulbau in Bad Berka laut Kreishaushalt erst 2017 vorgesehen. Münchbergs Behauptung ist völlig aus der Luft gegriffene Panikmache. Im Koalitionsvertrag von Linken, SPD und Grünen ist vereinbart, dass pro Jahr 30 Millionen Euro zusätzlich zu bestehenden Programmen in den Schulbau und die Schulsanierung fließen (durch das „Kommunalfinanzübergangsgesetz“ stehen auch 2015 ergänzende Mittel zur Verfügung). Seine Hausaufgaben muss jetzt erst einmal Münchberg machen. Oder ihm werden – symbolisch – die Ohren langezogen!

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.